

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 2/2007

1. Feber 2007

Nationalrat beschließt geänderte Ministerienaufteilung

Der Nationalrat hat die neue Ressortverteilung für die Bundesregierung beschlossen. Die Kräfteverteilung zwischen SPÖ und ÖVP entspricht dem Wahlergebnis zweier praktisch gleich starker Parteien. Gegenüber der Ministerienstruktur der vorigen Regierung gibt es u.a. folgende Änderungen:

- Das Bildungsministerium wird in ein Unterrichtsministerium (Schulen) und ein Wissenschaftsministerium (Universitäten, Fachhochschulen) geteilt.
- Die Kompetenzen für Familie und Jugend werden vom Sozialministerium in das Gesundheitsministerium verschoben.
- Die Frauenangelegenheiten werden vom Gesundheitsministerium an das Bundeskanzleramt übertragen, wo eine eigene Ministerin dafür zuständig ist.
- Die Kunstangelegenheiten wandern vom Bundeskanzleramt ins Unterrichtsministerium.
- Das Außenministerium wird in "Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten" umbenannt, um die steigende Bedeutung der Europapolitik auszudrücken.

Wichtig ist auch, dass im Rahmen der Regierungsverhandlungen einige von der SPÖ betriebene Strukturänderungen erfolgreich abgewehrt werden konnten:

- Die Aufsplitterung des Landwirtschafts- und Umweltministeriums wurde verhindert, die beiden Agenden bleiben weiterhin bei Minister Josef Pröll vereint.
- Die Arbeitsmarktpolitik wandert nicht ins Sozialministerium, sondern bleibt weiterhin im Wirtschaftsministerium unter Minister Martin Bartenstein.

Neue Vertretungsregelung für Bundes- und Vizekanzler

Beschlossen wurde eine neue Vertretungsregel der Regierungsmitglieder gegenüber dem Nationalrat. Bundeskanzler und Vizekanzler können sich bei Terminkollisionen künftig nicht nur von den ihnen direkt zugeordneten Staatssekretären vertreten lassen, sondern auch von Staatssekretären des jeweils anderen.

Eurofighter: Pilz'sche Rechenakrobatik ist leicht zu durchschauen

Im Zusammenhang mit dem parlamentarischen Eurofighter-Untersuchungsausschuß wurde von Abg. Peter Pilz (Grüne) das Gerücht in die Welt gesetzt, die Abfangjäger würden nicht zwei, sondern fünf Milliarden Euro kosten. Wie Pilz diese Summe an den Haaren herbeizieht, lässt sich leicht erklären.

Der wirkliche Kaufpreis der 18 Flugzeuge beträgt 1,959 Mrd. Euro, dazu kommen Einführungskosten von 463 Mio. Euro (Flugplatzumbauten u.ä.). Die Betriebskosten betragen etwa 50 Mio. Euro pro Jahr, und hier beginnt die Pilz'sche Rechenakrobatik. Er multipliziert die Jahreskosten mit der angestrebten Betriebsdauer von 40 Jahren, rechnet sie zum Kaufpreis dazu und rundet großzügig auf.

Das ist etwa so, als würde man beim Kauf eines Autos die Benzinkosten und Mechanikergehälter für die nächsten 40 Jahre dazurechnen. Damit erscheint jeder Autokauf sofort als unfinanzierbar. Oder umgelegt auf die Politik: Die neue Existenzsicherung würde dann nicht 360 Millionen kosten, sondern 14,4 Mrd. Euro, die Kosten für die Abdeckung des ÖBB-Defizits nicht vier, sondern 160 Mrd. Euro.

Demagogen jeglicher Ideologie sind gefährlich für die Politik. Sie scheuen sich nicht, wider besseres Wissen den Menschen Sand in die Augen zu streuen.